

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 12. Oktober 1925

Wiener Gemeindevertreter beim internationalen Städtekongress in Paris. Vom 28. September bis 10. Oktober wurde in Paris der dritte internationale Städtekongress abgehalten. Die Tagesordnung des Kongresses wurde in fünf Sitzungen erledigt; die übrige Zeit wurde zu Studienfahrten verwendet. Die Tagung war von rund vierhundert Delegierten aus 36 Ländern, darunter auch aus Afrika, Asien Amerika u. s. w. besetzt. Die Vereinigung der reichsdeutschen Städte hatte in einem herzlichen Begrüßungsschreiben das Fernbleiben entschuldigt. Die Stadt Wien hatte die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, amtsführenden Stadtrat Weber und den Präsidenten des Wiener Landtages Dr. Danneberg entsendet. Für den österreichischen Städtebund nahm Sekretär Honay an dem Kongress teil. Die Aufnahme der Wiener Delegation in Paris war überaus freundlich. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte namens der österreichischen Delegation den Kongress unter lebhaftem Beifall. Die Tagesordnung umfasste im wesentlichen drei Punkte. Es wurde die Gemeindeverfassung in den einzelnen Staaten, die Bodenpolitik und das Wohnungsproblem und die Entwicklung der Grosstädte besprochen. Besonderes Interesse fanden die Ausführungen des Präsidenten Dr. Danneberg über die österreichische Gemeindeverfassung und die verfassungsrechtliche Stellung der Hauptstadt Wien. Die Pariser Stadtverwaltung zeigte den Delegierten die Trinkwassersterilisation, die Müllverbrennung, Gas- und Elektrizitätswerke, Schwimmbäder, Baumschulen und Gartenbauschulen, Volkswohnhäuser u. s. w. In der Umgebung von Paris wurden auch einige Arbeitersiedlungen besichtigt. Mit Studienfahrten nach Reims, Lyon und Grenoble wurde die Veranstaltung, die sehr viel zum Austausch der Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiet beigetragen hatte, beendet. Der nächste Kongress wird in zwei Jahren abgehalten werden, doch wurde der Ort der Tagung noch nicht festgesetzt.

Städtische Mutterhilfe für mittellose Frauen. Der Wiener Gemeinderat hat im vergangenen Jahr beschlossen, mittellosen Frauen, die in Wien wohnen und auf Krankenkassenhilfe keinen Anspruch haben, die sogenannte Mutterhilfe zu gewähren, wenn sie vor der Entbindung darum ansuchen. Die Frauen werden fachärztlich untersucht, haben Anspruch auf die fürsorgerische Schwangerenberatung und erhalten nach der Niederkunft durch vier Wochen je fünf Schilling. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler hat nun der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten beschlossen, diesen Beitrag zu verdoppeln, so dass insgesamt vierzig Schilling als Mutterhilfe gegeben werden.

Jubilare der Ehe. In der vergangenen Woche überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Michael und Josefa Berger, Dorfgasse 11, Johanna und Franziska Debor, Basteingasse 79, Franz und Amalie Dopler, Angererstrasse 5, Josef und Johanna Höbarth, Columbusgasse 41 und Karl und Marie Sitter, Mariannengasse 30, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Eröffnung der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse der Stadt Wien. Heute vormittags fand im Hörsaal des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien die Eröffnungsfeier der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse statt. Vom Unterrichtsministerium waren Sektionschef Dr. Pohl und Ministerialrat Dr. Battista erschienen. Bürgermeister Seitz, viele Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtschulrates wohnten der Feier bei. Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel sagte in seiner Eröffnungsansprache, dass sich die Schulreformbewegung von allem Anfang an der mächtigen Unterstützung der Gemeinde Wien erfreuen konnte. Die grossen finanziellen Opfer, die die Gemeinde dieser Idee bringt, bewirkt im Verein mit der hingebungsvollen Arbeit der Wiener Lehrerschaft einen Hochstand des Wiener Schulwesens, der die Aufmerksamkeit der gesamten Fachwelt erregt. Die heutige Eröffnung der hochschulmässigen viersemestrigen Lehrerbildungskurse soll nun den jungen Lehrer in die Lage versetzen, schulreformatorisch tätig zu sein. Die Lehrerschaft verlangt seit Jahrzehnten einen Ausbau der Lehrerbildung. Schon im Jahre 1919 wurden vom Unterrichtsministerium Leitsätze für die Neugestaltung der Lehrerbildung zur Diskussion gestellt, im Mai 1920 stimmten die Lehrerkammern zu. Im Nationalrat wurden von den drei Parteien Gesetzentwürfe eingebracht. Der Stadtschulrat erhob vor einigen Monaten eine dringliche Vorstellung an das Unterrichtsministerium, aber es geschah nichts. So wurde die Stadt Wien in eine Zwangslage versetzt und musste zur Selbsthilfe schreiten. Der Wiener Gemeinderat beschloss Lehrerbildungskurse zu schaffen und stiftete fünfzig Stipendien. Von den vierhundert Bewerbern wurden 120 ausgewählt und heute kann bereits an die Eröffnung dieser Kurse geschritten werden.

Bürgermeister Seitz stellt fest, dass das Hauptverdienst an dem Zustandekommen dieser neuen Einrichtung Ministerialrat Fadrus und Regierungsrat Washuber zufalle. Die Gemeinde hätte gerne für diese Kurse einen Schulpalast zur Verfügung gestellt; dies war aber aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Es musste mit dem vorhandenen Gebäude vorliebgenommen werden das aber zweckentsprechend eingerichtet wurde. Den Architekten, die dieses schwierige Werk vollbracht haben, gebührt der Dank der Gemeindeverwaltung. Wir wissen alle, wem grosser Idealismus dazu gehört, den Lehrberuf richtig zu erfassen. Dieser Beruf verlangt mehr Idealismus wieder jeder andere und soll nur aus reiner Liebe zur Sache gewählt werden. Mit dem Wunsche, dass die neue Institution ihre grosse Aufgabe voll erfüllen werde, erklärte der Bürgermeister die Kurse für eröffnet. Fachlehrer Neumann begrüsst die neue Lehrerbildungsstätte namens der Lehrerschaft und teilte mit, dass die freie Lehrgewerkschaft drei Stipendien gewidmet hat.

Es hielt dann der mit der Leitung des Pädagogischen Instituts betraute Ministerialrat Fadrus einen Vortrag über „Das neue Lehreriideal“, in dem er den Aufbau des Studienplanes der hochschulmässigen Lehrerbildungskurse, der sich auf die Zusammenarbeit der Universität, des Pädagogischen Instituts, des psychologischen Instituts der Stadt Wien und der gesamten Erziehungs-

Schul- und Fürsorgeeinrichtungen Wiens gründet, darlegte. Nach Vortrag eines Chores durch die Studenten unter Leitung des Dozenten Moissl wurde eine Besichtigung der grossen Hörsäle, der Werkstätten und Schulklassen vorgenommen. Die künstlerische Schulung des neuen Lehrers wurde in sehr anschaulicher Weise durch Ausstellung von Schüler- und Lehrerarbeiten der Dozenten R. Rothe und Schantroch gezeigt. Am Dienstag beginnen die Vorlesungen im Pädagogischen Institut und in den Hochschulkursen.

Wahl des Kontrollamtsdirektors der Stadt Wien. Anlässlich der Verwaltungsreform hat sich die Gemeinde Wien im Jahre 1920 ein selbständiges Kontrollamt geschaffen, dem die Gebarungs- und Rechnungskontrolle hinsichtlich der Aemter, Anstalten, Betriebe und Unternehmungen der Gemeinde obliegt. Das Kontrollamt ist vom Magistrat unabhängig und steht unter der Leitung eines eigenen Direktors. Damals wurde der Oberrechnungsrat Franz Rudolf Müllner als hervorragender Fachmann mit der Reform des gesamten Rechnungs- und Kassenwesens und mit der Schaffung des Kontrollamtes betraut und vom Stadtsenat zum Direktor dieses neuen Amtes ernannt. Kontrollamtsdirektor Müllner übt diese Funktion auch gegenwärtig aus. Nunmehr wird der Kontrollamtsdirektor auf Vorschlag des Bürgermeisters vom Gemeinderat auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Am Freitag wurde im Gemeinderat diese Wahl vorgenommen. Der Gemeinderat wählte den bereits im Jahre 1920 vom Stadtsenat ernannten Kontrollamtsdirektor Müllner in vertraulicher Sitzung.

Eingeschränkter Grossverkauf auf den Wiener Märkten. Vom 15. Oktober angefangen ist auf dem Naschmarkt, auf dem Markt in der Schwandergasse und Yppenplatz der Grossverkauf nur mehr bis zwei Uhr nachmittags gestattet. Damit wird der Zustand der Vorkriegszeit wieder hergestellt.

Der Einheitstarif auf der Stadt- und Strassenbahn. Im Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen wurde heute abends die Vorlage der Strassenbahndirektion über die Neuregelung der Tarife auf der Strassenbahn und Stadtbahn beraten. Die Minderheit behielt sich ihre Stellungnahme für die Verhandlungen im Gemeinderat vor. Die Vorlage wurde unverändert mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Sie wird am Dienstag vormittags vom Stadtsenat und am Freitag nachmittags vom Gemeinderat beraten werden.

Die Grabstätte Girardis. Einige Wiener Zeitungen meldeten kürzlich, dass die Grabstätte Alexander Girardis auf dem Zentralfriedhof stark verwahrlost sei. Demgegenüber ersucht die städtische Friedhofsverwaltung, der die Pflege des Grabes obliegt, um die Feststellung, dass der Grabhügel sich in einem vollkommen einwandfreien Zustand befindet. Auch das Grabdenkmal, ein Sandsteinfelsen mit Serpentinkeuz, ist gut erhalten. Es sind wohl die Eisensäulen, an denen die Grabketten befestigt werden, an den unteren Enden etwas verrostet, doch kann deswegen nicht von einer Verwahrlosung des Grabes gesprochen werden. Uebrigens wird bereits an der Hebung dieses Schadens gearbeitet.